

Barbara Tham

Jugendpartizipation in Europa¹

In dem Beitrag wird das Thema Jugendpartizipation im Beziehungsgeflecht von Politik, Jugend und Europa behandelt. Es werden dabei einige Eckpunkte und vielleicht auch Stolpersteine genannt, die als Ausgangspunkt für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema dienen sollen.

**Beziehungs-
geflecht Poli-
tik/Jugend/
Europa**

Das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den Jugendlichen

Das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den Jugendlichen ist ambivalent und schwierig. Einerseits befindet sich die EU inmitten großer Herausforderungen und Neuerungen. Die Erweiterung sowie die aktuellen Reformen werden die EU und das Leben ihrer Bevölkerung auf absehbare Zeit erheblich verändern. Andererseits stößt die europäische Politik jedoch zunehmend auf Distanz und Unverständnis bei den Menschen. Jugendliche stimmen der EU zwar ganz allgemein zu und nur ein geringer Teil lehnt den europäischen Einigungsprozess ab. Allerdings bleibt ihnen der Bezug und die Relevanz der EU für das eigene Leben unklar. Die Distanz zur europäischen Politik hat sich ganz konkret in der niedrigen Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 gezeigt. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung und nur etwa ein Drittel der Erst- und JungwählerInnen haben sich an der Wahl zum Europäischen Parlament beteiligt – so wenige wie nie zuvor. Ohne eine aktivere Beteiligung der Bevölkerung und insbesondere der jungen Generation am europäischen Einigungsprozess steht jedoch dessen erfolgreiche Weiterentwicklung und die grundlegende Legitimation der EU in Frage.

**Ambivalent
und
schwierig**

**Niedrige
Wahlbeteili-
gung**

Die wachsende Kluft zwischen der zunehmenden Geschwindigkeit europäischer Integrationsprozesse einerseits und der abnehmenden Transparenz und Akzeptanz europäischer Politik andererseits ist natürlich auch der EU bekannt. In vielen Reformpapieren wird deshalb die Herstellung einer neuen Öffentlichkeit, die intensivere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und ganz allgemein die Schaffung einer aktiven europäischen →BürgerInnengesellschaft gefordert.

**Hohes
Integrations-
tempo –
wenig
Transparenz**

Der Stellenwert von Europa in der Bildungs- und Jugendarbeit

Die Politik der Europäischen Union hat sich in den vergangenen Jahren dynamisch weiterentwickelt und erstreckt sich mittlerweile auf den Großteil nationaler Gesetzgebung. Europäische Entscheidungen und Programme wirken sich direkt auf das Leben der Bür-

gerinnen und Bürger aus, prägen ihre Lebensbedingungen und bestimmen zukünftige Entwicklungen. Mit der Erweiterung der EU auf nunmehr 27 Länder sowie den im → Vertrag von Lissabon vorgenommenen Reformen zeichnet sich eine neue Stufe der Integration in Europa ab. Dies hat auch Einfluss auf die Stellung und Bedeutung Europas in der Welt.

Kein Spielball sein, mitspielen können

Auf diese Entwicklungen müssen die Bürgerinnen und Bürger Europas und insbesondere die Jugendlichen vorbereitet werden. Sie dürfen sich nicht als Spielball unerklärlicher politischer Prozesse fühlen, sondern müssen diese verstehen und auch aktiv mitgestalten können. Die besondere Herausforderung besteht hierbei darin, dass die politischen Abläufe als solche bereits zunehmend komplexer werden und für die Menschen nur noch schwer nachvollziehbar sind. Es gilt deshalb, Politik im Allgemeinen und deren europäische Ausrichtung im Besonderen nachvollziehbar zu machen. Für junge Menschen müssen dabei Räume geschaffen werden, in denen sie sich verorten und ihre Interessen einbringen können.

Vermittlung zwischen Politik und Jugendlichen

Die Jugend- und Bildungsarbeit steht damit vor der Aufgabe, die Vermittlung zwischen Politik und Jugendlichen in beiderlei Richtung neu zu gestalten. In diesem Kontext ist insbesondere die Politische Bildung gefragt. Zum einen geht es darum, neue Wege und Methoden in der Politischen Bildung zu entwickeln und umzusetzen und somit überhaupt erst die Voraussetzungen für ein Aktivwerden in der → BürgerInnengesellschaft zu schaffen. Zum anderen bedeutet dies, dem Interesse Jugendlicher nach Beteiligung an Politik und Gesellschaft Geltung zu verschaffen und hier neue Formen der Mitwirkung zu ermöglichen. Im Hinblick auf die europäische Dimension politischer Entwicklungen gilt es zu klären, was überhaupt unter der europäischen BürgerInnengesellschaft zu verstehen ist. Wie soll diese mit Leben gefüllt und als konstruktiver, aber auch kritischer Spiegel der offiziellen europäischen Politik tätig werden? Die große Herausforderung besteht dabei darin, europäische Themen nicht nur auf der europäischen oder nationalen Ebene zu behandeln, sondern durchgängig bis zur kommunalen Struktur als → Querschnittsthema kontinuierlich und selbstverständlich zu reflektieren. Nur so kann es gelingen, Europa zu einer Größe zu machen, die von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen und aktiv mitgetragen wird.

Konstruktiver, kritischer Spiegel der EU-Politik

Die Bedeutung der Politischen Bildung für Europa

Grundlage für kulturelle und soziale Bildung

Im Kontext der neuen Bildungsanforderungen in Europa gilt es, die Politische Bildung im Sinne der Kompetenzstärkung der BürgerInnen hervorzuheben und ihre Wirkung im sozialen und gesellschaftlichen Bereich zu unterstreichen. In vielerlei Hinsicht stellt die Politische Bildung die Grundlage dar, um weitere kulturelle und soziale Bildungsangebote – wie beispielsweise im Bereich des interkulturellen Lernens – in konkreten Lebenszusammenhängen anwenden zu können. Aufgabe der Politischen Bildung ist es hierbei, Jugendliche auf die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen vorzubereiten, sie dazu zu befähigen, Ambivalenzen auszuhalten sowie eigene Lebenschancen zu erkennen und zu nutzen.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Umbrüche

Die europäische Dimension spielt bei den derzeitigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umbrüchen, die durch den Übergang zur Informations-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft bedingt sind, eine Schlüsselrolle. Dies bezieht sich insbesondere auf den Bereich der Umstrukturierung des Arbeitsmarktes. Hinzu kommt die zunehmende Internationalisierung und Globalisierung aller Lebens- und Ausbildungszusammenhänge. Eine weitere Herausforderung besteht in der verstärkten Pluralisierung der unterschiedlichsten Gesellschaftskontexte und der damit verbundenen individuellen Lebensentwürfe. Im Kontext Politischer Bildung können diese Fragen konstruktiv aufgegriffen und die persönlichen und gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten kritisch diskutiert werden.

Im Gegensatz zu den oben angerissenen aktuellen Herausforderungen nimmt die Politische Bildung in der Öffentlichkeit jedoch keinen hervorgehobenen Stellenwert ein. Sie spielt eher eine marginale Rolle, ist unterfinanziert und von weiteren Mittelkürzungen bedroht. Dies hat zur Folge, dass Politische Bildung zunehmend im Rahmen von kurzfristigen Projektvorhaben angelegt oder als spektakuläres Event betrachtet wird, nicht aber als das, was ihre eigentliche Funktion ausmacht: als langfristige, kontinuierliche Bildungsaufgabe in der Demokratie. Stattdessen wird sie in prekäre finanzielle Strukturen abgedrängt und kann damit nur schlecht den bestehenden Aufgaben und Herausforderungen gerecht werden. Politische Bildung im Sinne von Befähigung und Ermutigung zu aktivem bürgerschaftlichen Interesse und Engagement benötigt jedoch eine den Zielen angemessenere Förderung. Seitens der Politik gilt es daher, die Bedeutung der Politischen Bildung zu stärken und die erforderlichen Rahmenbedingungen zur Unterstützung von nachhaltigen Bildungsprozessen bereitzustellen, damit diese ihren Aufgaben auch entsprechend nachkommen kann.

Geringer Stellenwert Politischer Bildung

Bessere Rahmenbedingungen nötig

Die Bedeutung der Jugendpartizipation als zeitgerechte Form der aktiven Mitwirkung

Jugendliche haben hohe Erwartungen an die Politik, sie sind jedoch unzufrieden mit deren Umsetzung und sehen wenig Teilhabemöglichkeiten und Mitspracherechte für sich selbst. Sie fühlen sich von der Politik nicht ernst genommen. Stattdessen fordern sie neue und unkonventionelle Partizipationsformen, die sich in überschaubaren Räumen und Zeitspannen situativ und flexibel in Vorhaben und Projekte umsetzen lassen, dabei Spaß machen und ergebnisorientiert sind. Diesen Erwartungen muss im Rahmen der Jugend-

Jugendliche fühlen sich nicht ernst genommen

JUGENDPARTIZIPATION

Unter Jugendpartizipation wird die aktive Beteiligung junger Menschen an den sie betreffenden Angelegenheiten in Politik und Gesellschaft verstanden. Die Formen der Beteiligung fallen dabei ebenso unterschiedlich aus wie die Reichweite der tatsächlichen Mitwirkungsmöglichkeiten. Sie erstrecken sich vom Engagement im lokalen Jugendclub über die Mitwirkung bei Demonstrationen und Protestkundgebungen bis zur Beteiligung an Anhörungen und Jugendparlamenten oder zum Wahlrecht für 16-Jährige.

Es lassen sich dabei Unterscheidungen zwischen

- konventionellen Partizipationsformen (z.B. in Jugendparteien und Gewerkschaften),
- unkonventionellen Formen (z.B. bei Protestinitiativen),
- weniger institutionalisierten Formen (z.B. in Jugendgruppen) oder auch
- illegalen Formen der Mitwirkung (z.B. bei Hausbesetzungen) treffen. Im Rahmen des neuen EU-Vertrages wird im Sinne einer →partizipatorischen Demokratie mehr politische Beteiligung der Bevölkerung angestrebt und insbesondere Jugendlichen mehr Mitwirkung an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen eingeräumt. Die konkrete Umsetzung bleibt jedoch weiterhin offen.

Barbara Tham

und Bildungsarbeit Rechnung getragen werden, um die Wirksamkeit von Jugendpartizipation zu unterstützen. Politische Bildung ebenso wie konkrete Mitwirkungsprojekte werden nur dann für Jugendliche attraktiv, wenn sie sich an deren Interessen orientieren und jugendrelevante Methoden zum Einsatz kommen. Die von Jugendlichen eingeforderte →Partizipation bedeutet, dass junge Menschen durchaus bereit sind, sich für ihr soziales Umfeld einzusetzen. Sie sollten daher als Expertinnen und Experten ihrer eigenen Situation ernst genommen und ihre Sichtweisen und Forderungen in die Planung und Gestaltung ihrer Lebenswelten einbezogen werden. Hierfür kann die Jugend- und Bildungsarbeit die notwendige Hilfestellung geben. Umgekehrt gilt es jedoch auch, die Politik aufzufordern, sich für die Mitwirkung von jungen Menschen zu öffnen, deren Anliegen

Partizipation eingefordert

ernst zu nehmen und ihrerseits neue Wege und Möglichkeiten der Beteiligung zu erschließen.

**Positives
Verhältnis
von Jugend
und Politik
notwendig**

Gelungene Jugendpartizipation setzt ein für beide Seiten positives Verhältnis von Jugend und Politik voraus. Um dieses Verhältnis, welches sich derzeit alles andere als lebhaft oder gar gewinnbringend gestaltet, effektiv zu verbessern, muss sich auch die Jugend- und Bildungsarbeit einer kritischen Prüfung unterziehen. Sie muss für junge Menschen attraktiv und tatsächlich interessant sein. In diesem Sinne gilt es, Politische Bildung innovativ und zukunftsbezogen zu gestalten. Sie sollte eine Brücke zwischen den konkreten Bedürfnissen der Teilnehmenden, den gesellschaftlichen Herausforderungen und den politisch Verantwortlichen herstellen. Im Hinblick auf Europa bedeutet dies, das Bewusstsein für ein aktives Engagement in der europäischen Gesellschaft zu schärfen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Jugendlichen dabei zu stärken. Dies ist ein wichtiger Beitrag für eines der größten und wichtigsten Politikziele der Zukunft: die Schaffung eines Europas der Bürgerinnen und Bürger.

**Brücken-
funktion**

Handlungsempfehlungen für eine effiziente Jugendpartizipation

**Individuelle
Orientie-
rungs- und
Handlungs-
fähigkeit**

Der Stellenwert der Politischen Bildung in der Gesellschaft ist deutlich aufzuwerten.

Eine verbesserte individuelle Orientierungs- und Handlungsfähigkeit ist für die einzelnen Mitglieder einer Gesellschaft Grundvoraussetzung dafür, dass sie sich aktiv für die Gestaltung ihrer zunehmend komplexer werdenden Umgebung einsetzen können. Zur Optimierung der →Partizipation, besonders von jungen Menschen, kann daher ein direkter Zusammenhang zum Stellenwert der Politischen Bildung hergestellt werden. Hierzu reicht es nicht aus, die Wichtigkeit von gesellschaftlichen und politischen Bildungszusammenhängen hervorzuheben. Es sind auch konkrete Initiativen notwendig, die zur tatsächlichen Vermittlung des notwendigen Wissens und der relevanten Kompetenzen führen. Da es sich bei sozialen und politischen Bildungsprozessen um langfristige Entwicklungen handelt, ist es wichtig, die Rahmenbedingungen so auszurichten, dass sie eine kontinuierliche und nachhaltige Verankerung der Politischen Bildung in der Gesellschaft garantieren.

**Strukturelle
Veränderun-
gen nötig**

Es kann in diesem Zusammenhang durchaus nützlich sein, über Kampagnen das Partizipationsbewusstsein zu wecken. Allerdings reichen Kampagnen, Großkongresse und zeitlich begrenzte, einmalige Aktionen nicht aus, um eine Aufwertung der Politischen Bildung langfristig zu erreichen. Hierzu sind strukturelle Veränderungen vonnöten, die auch eine bessere finanzielle Ausstattung einschließen. Andererseits sind auch die VeranstalterInnen von solchen Initialveranstaltungen aufgerufen Anschlusskonzepte vorzulegen, die von praktischem und konkretem Nutzen für die Jugendlichen und ihre Umwelt sind. Sonst laufen sie Gefahr, den Einwand, letztlich bliebe es nur beim Diskutieren, selbst zu bekräftigen.

Die schulische und die außerschulische Bildung sollten überall dort sinnvoll verknüpft werden, wo sich dadurch ein Mehrwert erreichen lässt.

**Neue
Räume der
Vermittlung
erschließen**

Im Bezug auf den Wissens- und Kompetenzerwerb der jungen Generation können hierdurch in zahlreichen Bereichen neue Räume der Vermittlung erschlossen sowie eine breitere jugendliche Öffentlichkeit für gesellschaftspolitische Belange in Europa interessiert werden. In der Zusammenarbeit von schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit lassen sich vielfältige Formen entwickeln, in denen das direkte Erleben von Europa möglich ist. Hierfür bestehen in der Praxis bereits eine Reihe von erfolgreichen Kooperationen, die es zu vervielfältigen gilt. Voraussetzung ist die gleichberechtigte Zusammenarbeit von schulischer und außerschulischer Bildung bzw. die gleichberechtigte Anerkennung von formalem und nicht-formalem Lernen. Noch vorhandene Barrieren zwischen Schule und

DIE DEMOKRATIE-INITIATIVE IN ÖSTERREICH



Die Demokratie-Initiative der österreichischen Bundesregierung, getragen vom Unterrichts- und Wissenschaftsministerium, will →Demokratie für junge Menschen greifbar machen. Um eine lebendige Demokratie zu fördern, Politische Bildung zu stärken und Jugendliche in der Ausübung ihrer Rechte zu unterstützen, sollen Jugendliche für politische Vorgänge sensibilisiert und über die Vielfalt der Möglichkeiten politischer Beteiligung informiert werden. Ziel ist es, viele Projekte nicht nur für Jugendliche, sondern vor allem auch mit Jugendlichen zu entwickeln und umzusetzen. Die Demokratie-Initiative teilt sich in zwei große Bereiche: Einerseits findet die Arbeit in sechs Themenfeldern rund um das Thema Demokratie statt, die von ExpertInnen-Gruppen innerhalb des Jahres 2008 diskutiert und erarbeitet werden:

- ▶ Themenfeld 1: Starke Demokratie braucht mündige BürgerInnen
- ▶ Themenfeld 2: Demokratie – Wissenschaft
- ▶ Themenfeld 3: Vermittlung in der Schule – LehrerInnenbildung
- ▶ Themenfeld 4: Netzwerk Demokratie

- ▶ Themenfeld 5: Innovative Demokratie
- ▶ Themenfeld 6: Demokratie – Kunst – Kultur

Andererseits möchte die österreichweite Sensibilisierungskampagne „Entscheidend bist Du“ das Mitreden und Mitentscheiden junger Menschen fördern und über die Vielfalt der Möglichkeiten für politische →Partizipation in den verschiedenen Lebensbereichen (Schule, Universität, Arbeitsumfeld, politisches System) informieren.

Auf der interaktiven Online-Plattform www.entscheidend-bist-du.at können Jugendliche in Video- und Textblogs ihre Meinung zu politischen Themen artikulieren und diskutieren. Den Audioblog www.demo-pod.at setzen die Kinderfreunde Österreichs um. Außerdem wird im Projekt PoliPedia.at ein multimedialer Wiki-Guide zur politischen Beteiligung von, mit und für Jugendliche entwickelt (www.polipedia.at); Projektträger ist das Demokratiezentrum Wien. Diese interaktiven und multimedialen Angebote sind auch im Unterricht direkt einsetzbar.

Informationen zur Demokratie-Initiative unter www.entscheidend-bist-du.at

Jugendarbeit gilt es dabei konsequent abzubauen und die künstlichen Grenzen zwischen den beiden Lernformen im Interesse der Jugendlichen zu überwinden.

Ein erstes Aktionsfeld für die erfolgversprechende Verschränkung von schulischen und außerschulischen Lernformen ist die Durchführung von Aktionstagen und Projektwochen. Beispielhaft seien hier „Europatage“ oder „Europawochen“ an Schulen genannt, in denen fächerübergreifende und projektorientierte Angebote der europabezogenen Jugendarbeit möglich sind. Auch der 2003 europaweit an Schulen durchgeführte „Europäische Frühling“ zum EU-Konvent (siehe Kasten „Anknüpfungsmöglichkeiten im Unterricht“ idB) bietet neue Wege und Möglichkeiten der Beschäftigung mit Europa. Diese bereits vorhandenen Angebote gilt es daher extensiver zu nutzen und auch die Rahmenbedingungen und Ressourcen politisch so zu gestalten, dass neue Projekte und Initiativen entwickelt werden können.

„Europatage“
„Europa-
wochen“

Die nicht-formalen Bildungserfahrungen müssen sichtbar werden.

Die PISA-Untersuchung sowie andere europäische Studien über Bildung und Lernen haben gezeigt, dass das nicht-formale Lernen einen wesentlichen Beitrag zu den sogenannten Schlüsselqualifikationen junger Menschen leistet. Kommunikative Fähigkeiten, Organisationstalent, interkulturelle Kompetenzen und soziale Fähigkeiten sind nur einige von vielen Talenten, die insbesondere in der Jugendarbeit erworben werden und im Europa des Wissens von enormer Bedeutung sind. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Bedeutung des nicht-formalen Lernens für das lebensbegleitende Lernen deutlicher hervorzuheben und gezielt zu unterstützen. Bisher werden die in der außerschulischen Bildungs- und Jugendarbeit erzielten Ergebnisse und Erkenntnisse jedoch noch nicht in ausreichendem Maße zur Kenntnis genommen und gewürdigt.

Lebensbe-
gleitendes
Lernen

ANKNÜPFUNGSMÖGLICHKEITEN IM UNTERRICHT

Für LehrerInnen gibt es einige Möglichkeiten, im Unterricht Jugendliche an die konkreten Initiativen für Jugendbeteiligung in Europa heranzuführen.

Programme und Simulationsspiele

Es gibt Programme, die SchülerInnen die Arbeit in den Europäischen Gremien näherbringen, z.B.

- ▶ **EUROSCOLA**, das Schulklassen einen Besuch inklusive Simulation im Europäischen Parlament in Straßburg ermöglicht.
- ▶ Simulationsspiele wie das →**Model European Parliament (MEP)** oder das →**European Youth Parliament (EYP)** lassen die Jugendlichen ebenfalls in die Rolle von EU-ParlamentarierInnen schlüpfen. Im Rahmen des Unterrichts können die LehrerInnen jene SchülerInnen, welche an diesen Parlamentssimulationen teilnehmen, vorbereiten.

Teilnahme an EU-Projekten

Eine andere Möglichkeit, das Interesse Jugendlicher

an Beteiligung zu vergrößern, stellt die Teilnahme an einem EU-europäischen Projekt dar. Das Programm „**Europäischer Frühling**“ richtet sich konkret an Schulen, die Projektstage zum Thema Europäische Union veranstalten, „um einen Dialog zwischen Schülern, Lehrern und Akteuren der Europäischen Union über ihr Bild von Europa und seiner Zukunft einzuleiten“¹. Im Rahmen der Programmschiene „**Aktion 1 – Jugend für Europa**“ des EU-Programms **JUGEND IN AKTION** können Jugendliche Projekte der „partizipativen Demokratie für junge Menschen“ („Jugenddemokratie-Projekte“) bzw. „Initiativen Jugendlicher“ starten. „Coaches“ (Personen mit Erfahrung in der Jugendarbeit) dürfen Hilfestellungen geben. An den Jugenddemokratie-Projekten können sich informelle Gruppen Jugendlicher aus mindestens zwei EU-Staaten beteiligen, um Projekte beispielsweise zu den Themenkreisen Partizipation, Zukunft Europas oder Europäische Bürgerinnengesellschaft zu starten. Ziel ist es, Jugendliche zu ermutigen, ihre Belange im demokratischen System aktiv zu vertreten.²

1 <http://www.europarl.de/export/system/galleries/downloads/InfoEuropischerFruehling.pdf> (18.2.2008)

2 www.jugend-in-aktion.de (18.2.2008)

Qualifizierungspass Um eine deutliche Aufwertung der nicht-formalen Bildung zu erzielen, sind die Anstrengungen zu verstärken, die hier erworbenen Qualifikationen besser erkennbar darzustellen und analog zum →Berufsbildungspass in einem eigenen Qualifizierungspass zu dokumentieren.

Politikthemen jugendgerecht vermitteln **Die Information und die Partizipation sind wechselseitig miteinander zu verbinden.** Aktuelle Themen der europäischen Politik – wie die Diskussion um die Vertiefung und die Erweiterung der EU – müssen mittels jugendgerechter Strategien vermittelt werden, um sicherzustellen, dass die grundlegenden Informationen die Jugendlichen überhaupt erreichen. Gerade im Kontext der Diskussionen um die EU-Reform ist es unabdingbar, eine breite Öffentlichkeit an der Debatte teilhaben zu lassen. Hierfür ist eine zielgruppenspezifische Informations- und Diskussionskampagne notwendig, die sich streng an qualitativen Kriterien der Jugend- und Bildungsarbeit orientiert und sich damit von den üblichen, meist oberflächlichen Informationskampagnen unterscheidet. Um dies zu erreichen, ist es wichtig, Jugendliche selbst als InformationsträgerInnen stärker in die Öffentlichkeitsarbeit einzubeziehen. Auf diesem Wege wäre eine ideale Grundlegung zur besseren Verbindung von Jugendinformation und →Partizipation möglich.

Peergroup Education Als Anknüpfungspunkt für einen gelungenen Ansatz jugendgerechter Information unter unmittelbarem Einbezug der Jugendlichen selbst bietet sich das Modell der →Peergroup Education an. Empfehlenswert ist daher eine breit angelegte Informationskampagne unter Einbindung der Jugendlichen in Schulen und Jugendeinrichtungen zur Vermittlung der EU-Verfassung als qualitatives Angebot der Jugendinformation.

Der Dialog zwischen Politikerinnen und Politikern und den Jugendlichen sowie Verantwortlichen der Jugendarbeit ist zu vertiefen, um zu einem besseren gegenseitigen Verständnis zu gelangen.

Zur Aufwertung der Bildungs- und Jugendarbeit und besseren Sensibilisierung der politischen Akteurinnen und Akteure erscheint es sinnvoll, Politik und Jugend in direkten Kontakt zu bringen. Auf den unterschiedlichsten Ebenen wäre ein institutionalisiertes Austauschforum für beide Seiten gewinnbringend. Politisch Verantwortliche können hier für Jugendbelange und jugendrelevante Themen sensibilisiert werden. Auch kann die Wirksamkeit von Jugendpartizipationsprojekten nur dadurch erhöht werden, wenn PolitikerInnen über die Initiativen ausreichend informiert sind und erkennen, dass Jugendliche in Fachfragen einen durchaus konstruktiven Beitrag liefern können.

Direkter Kontakt zwischen Jugend und Politik

Initiativen, bei denen Verantwortliche aus Politik, Jugendbildungsarbeit, Wissenschaft und den Medien gemeinsam Konzepte zur Verbesserung der Jugendpartizipation entwickeln, sollten verstärkt ins Leben gerufen und untereinander vernetzt werden. Als kontinuierliche Einrichtung könnten sie im Ergebnis auch zur Etablierung von Lobbygruppen zur Jugendpartizipation führen. Darüber hinaus könnten gezielte Fortbildungsveranstaltungen zu jugendrelevanten Themen für Verantwortliche in der Politik angedacht werden, um die Lobbyarbeit inhaltlich zu unterfüttern.

Gemeinsame Konzepte gefragt

Die Ergebnisse von Jugendbeteiligungsprojekten gilt es in den weiteren politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Die Mittel, die für Jugendbeteiligungsprojekte eingesetzt werden, sind nur dann effektiv genutzt, wenn auch tatsächlich politische Konsequenzen aus den Arbeitsergebnissen gezogen werden. Durch die Rückbindung der Jugendbeteiligung an die regulären Politikprozesse lässt sich eine nachhaltige Zustimmung und eine jugendgerechte Qualität bei politischen Entscheidungen erreichen. Für die optimale Umsetzung ist allerdings eine eindeutige Rechtsverbindlichkeit herbeizuführen.

Rückbindung der Jugendbeteiligung an die Politik



14- bis 17-jährige SchülerInnen während des Jugendparlaments 2005 im österreichischen Parlament in Wien. © Bettina Mayr-Siegl

Jugendparlamente, Jugendforen oder andere Formen der Anhörung von Jugendlichen eignen sich sowohl kurz- als auch mittel- und langfristig hervorragend dazu, die Interessen Jugendlicher im Hinblick auf verschiedene Themen herauszuarbeiten und deutlich zu machen. Es darf jedoch nicht nur bei der Artikulation Jugendlicher bleiben, sondern deren Vorschläge, Wünsche, Anregungen oder Kritik müssen auch Eingang in die Politikgestaltung finden und längerfristig verfolgt und umgesetzt werden. Damit dies erreicht wird, müssen verbindliche Regelungsmechanismen festgesetzt

werden. Diese sollen den weiteren Umgang der Politik mit den Jugendlichen und den von ihnen geäußerten Interessen regeln und zu einer effizienten Beteiligung führen. Politische und gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sind aufgerufen, konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche zu erschließen, um dem Wunsch von Jugendlichen nach Eigenengagement auch tatsächlich entsprechen zu können.

Schlussbemerkungen

Die junge Generation ist eine der wichtigsten Zukunftsressourcen in Europa. Dies bedeutet in der praktischen Ausgestaltung von Jugend- und Bildungspolitik, keine finanziellen

Nicht bei Jugend- und Bildungspolitik sparen Sparkonzepte im Jugendbildungsbereich anzusetzen. Statt dessen ist deutlich in die Bereiche der formalen und nicht-formalen Bildung zu investieren sowie eine Ausweitung der Jugendarbeit im Sinne von Internationalisierung und Europäisierung zu ermöglichen. Die Grenzen zwischen nationaler und internationaler Bildungsarbeit lassen sich kaum noch exakt ziehen: Europäische, interkulturelle Lehr- und Lernräume befinden sich zusehends direkt vor Ort.

Bewusstsein für aktives Engagement in der europäischen Gesellschaft Um die Wirksamkeit von Jugendpartizipation in Europa zu erhöhen, stellt sich jedoch die Frage, inwieweit die Jugend- und Bildungsarbeit in der Lage ist, die vielfältig aufgezeigten Handlungsoptionen aufzugreifen. Dies ist davon abhängig, wie die vorhandenen Rahmenbedingungen besser ausgenutzt werden können beziehungsweise verändert werden müssen, um dem breiten Aufgabenspektrum gerecht zu werden. Das Bewusstsein für ein aktives Engagement in der europäischen Gesellschaft zu schärfen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Jugendlichen dabei zu stärken, ist ein wichtiger Beitrag für die Schaffung eines weltoffenen Europas der Bürgerinnen und Bürger. Dies sollte der Schwerpunkt der zukünftigen Bildungs- und Jugendarbeit sowie der damit befassten Politik sein.

Barbara Tham, Dr.

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung in München. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Jugend- und Bildungspolitik der EU, Einstellungen Jugendlicher zu Europa sowie Europäische BürgerInnengesellschaft und Jugendpartizipation. Außerdem betreut sie das Juniorteam Europa, das auf dem Peergroup-Ansatz basierend politische Jugend- und Bildungsarbeit umsetzt.

Weiterführende Literatur

- Europäische Kommission: Weißbuch: Neuer Schwung für die Jugend Europas. KOM (2001) 681 vom 21.11.2001.
Feldmann-Wojtachnia, Eva: Identität und Partizipation. Bedingungen für die politische Jugendbildung im Europa der Bürgerinnen und Bürger, unter <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2007/cap-analyse-2007-08.php> (4.2.2008)
Investing in youth: an empowerment strategy, hrsg. v. Bureau of European Policy Advisers (BEPA), April 2007, unter http://ec.europa.eu/dgs/policy_advisers/publications/docs/Investing_in_Youth_25_April_fin.pdf (4.2.2008)
Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck, hrsg. v. Shell Deutschland Holding. Frankfurt 2006.
Tham, Barbara: Einstellungen der jungen Bevölkerung zur EU vor und während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007. CAP Working Paper August 2007, unter <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2007/einstellungen.php> (4.2.2008)
Tham, Barbara: Europäische Bürgergesellschaft und Jugendpartizipation in der Europäischen Union. CAP Analyse 9 (2007), unter <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2007/cap-analyse-2007-09.php> (4.2.2008)

- 1 Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, der im Rahmen der Konferenz zur Jugendpartizipation der Nationalagentur JUGEND am 7. April 2005 in Hannover gehalten wurde. Die im Beitrag getroffenen Aussagen gehen von der Situation in Deutschland aus, lassen sich aber auf viele andere europäische Länder übertragen.



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

- Artikel: Friedrich-Mulley, Anneliese: Demokratiedefizit oder Kommunikationsproblem, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 24. Innsbruck-Bozen-Wien 2005.



WEBTIPP

www.demokratiezentrum.org

- Themenmodul „Europa diskutiert“

Pfadangabe: www.demokratiezentrum.org → Themen → Europa → „Europa diskutiert“

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR JUGENDPARTIZIPATION IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Jugendpolitik ist ein junges Themenfeld der Europäischen Union, aber seine Bedeutung nimmt stetig zu. Seit 2007 gibt es den **EU-Kommissar für „Allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend“**, der in seinem Portfolio ausdrücklich das Engagement „für die Jugend und mit der Jugend“¹ betont.

Das **Weißbuch Jugend** gilt als Basis für das Konzept der (politischen) Jugendpartizipation in der EU und wurde 1999 erstmals angekündigt und im November 2001 unter dem Titel „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ von der Europäischen Kommission veröffentlicht. Das Weißbuch zielt besonders auf →Partizipationschancen, den verbesserten Zugang zu Informationen und den Kampf gegen Diskriminierung ab. Es wird Mitspracherecht für die Bereiche gefordert, die Jugendliche betreffen, wie z.B. Ausbildungs- und Wohnungsfragen, berufsbegleitende Maßnahmen und interkulturelle Begegnungsforen.



Junge Delegierte der Länder Estland, Österreich, Ungarn und Niederlande (v. l. n. r.), Model European Parliament Berlin 2007. Quelle: MEP Germany

Mit der Verabschiedung des **Europäischen Paktes für die Jugend** findet Jugendpolitik seit 2005 ausdrücklich auf EU-Ebene statt. Der Pakt will vor allem die Arbeitsmarktsituation für Jugendliche verbessern und soll zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Ein Beispiel für die Umsetzung ist der Europass (→Berufsbildungspass), der die Transparenz und Vergleichbarkeit beruflicher Qualifikationen gewährleisten soll.

Quellen:

http://www.jugendinfo.at/cms/upload/pdf/weissbuch/Umsetzung_europischer_Jugendpakt.pdf, <http://www.jugendpolitikineuropa.de/>, http://www.jugendinfo.at/cms/upload/pdf/weissbuch/Europischer_Pakt_fr_die_Jugend.pdf, <http://www.jugendfuereuropa.de/>, http://www.youth4europe.at/b_index.htm, <http://www.youthforum.org/youthsummit.htm>, <http://www.youth-event-germany.de/de/>, <http://www.infoup.at/jugendwoche.0.html>, http://www.jugendpolitikineuropa.de/static/common/jp_download.php/539/DBJR-Stellungnahme.pdf, http://www.jugendinfo.at/cms/front_content.php?idcat=24, http://ec.europa.eu/commission_barroso/figel/index_de.htm (letzter Zugriff zu allen Quellen am 13.2.2008)

Das zentrale Aktionsprogramm der EU heißt **JUGEND IN AKTION** (2007–2013) und wird mit insgesamt 885 Millionen Euro unterstützt. Es richtet sich an 13- bis 30-Jährige und fördert u.a. bi- oder multilaterale Jugendbegegnungen sowie Jugendinitiativen, bei denen selbstorganisierte Projekte beispielsweise in den Bereichen Kunst und Kultur oder Umwelt gefragt sind. Im Aktionsbereich „Partizipative Demokratie“ werden Jugendliche aufgefordert, ihre Interessen aktiv im demokratischen Prozess zu vertreten. Die „Jugenddemokratie-Projekte“ behandeln europäische Themen und dauern zwischen drei und 18 Monaten.

Ein zentrales Konzept der Jugendpolitik der EU (auch im Programm JUGEND IN AKTION enthalten) ist der **strukturierte Dialog**. Die Kommunikation zwischen Jugendlichen und der EU-Kommission bzw. den Mitgliedsstaaten soll mithilfe eines Vier-Stufen-Modells verbessert werden: Die auf nationalen Jugendseminaren (1. Stufe) erarbeiteten Ergebnisse zu verschiedenen Themenschwerpunkten dienen als Grundlage für europäische Jugendveranstaltungen (2. Stufe) wie die →Europäischen Jugendwochen (Juni 2007) oder Jugendevents der EU-Ratspräsidentschaft (z.B. April 2007 in Köln), die ein Diskussions- und Informationsforum für Jugendliche über die Mitgliedsstaaten der EU hinaus bieten. Ein weiteres Beispiel stellt der erste →Jugendgipfel in Rom dar, bei dem Delegierte aus den nationalen Jugendräten und VertreterInnen von internationalen nicht-staatlichen Jugendorganisationen unter dem Motto „Dein Europa – deine Zukunft“ diskutierten. Das Augenmerk lag vor allem auf der Erarbeitung einer Vision für die Zukunft der Europäischen Union, die den Staats- und Regierungschefs und -chefinnen übermittelt wurde. Die Resultate dieser Veranstaltungen sollen in informellen Foren auf EU-Ebene (3. Stufe) beispielsweise mit den Ratspräsidentschaften, der Kommission und dem Europäischen Parlament diskutiert werden und gegebenenfalls Einfluss auf europäische Jugendpolitiken (4. Stufe) nehmen. 2007 hat man mit der Umsetzung begonnen, bemängelt wird vor allem die fehlende Resonanz in der Öffentlichkeit.

Sara Gebh

1 Vgl. http://ec.europa.eu/commission_barroso/figel/index_de.htm